

LEIPZIGER

Jüdische Zeitung

Wochenblatt für die gesamten Interessen des Judentums

Erscheint an jedem Freitag

Abonnement durch alle Postanstalten
Postscheckkonto Leipzig Nr. 10979

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. Jacques Adler, Leipzig
Redaktion und Expedition: Keilstr. 4, Tel. 10211

Inseratenpreis:
1/2 Feld = 1/40 Seite Grundpreis Mk. 1.50
u. Schlüsselzahl d. Börsenver. Deutsch. Buchhändl.

Nummer 37

Leipzig, 14. September 1923

2. Jahrgang

Veröhnungstag.

In einem Zeitalter, da die Völker einander zerfleischen, da man am Unglück von Millionen mit einer neugierigen Frage vorübergeht, da man Nord nur mit dreifachem Nord zu sühnen glaubt, in solcher Zeit steht einsam und groß vor uns der Jom Kippur, der Veröhnungstag, mit seiner Forderung an uns, daß ein jeder sich wieder auf sein Menschentum besinne, sich zu einem neuen Leben rüste, Frieden und Verständigung mit seinen Mitmenschen suche und ihr Tun zu verstehen und gerecht zu beurteilen sich bemühe.

Wir wollen daran, daß unsere jüdische Religion in der Feler dieses Tages ihren äußeren und inneren Gipfelpunkt erreicht, kein Selbstlob knüpfen. Lieber möchten wir bestrebt sein, die Forderung dieses Tages zu beherzigen, sie zu erfüllen.

Ein schönes Beispiel hierfür gibt uns die Ausöhnung, die nunmehr in unserer Leipziger jüdischen Gemeinde in der Frage des Wahlrechts zwischen den bisher streitenden Parteien stattgefunden hat. Eine solche Einigung ist wahrer „Kiddusch Haschem“, und wir sind überzeugt, daß jetzt für unsere Gemeinde eine Zeit des positiven Aufbaues kommen wird, den bei entschlossener Mitwirkung Aller auch die jetzige Finanzkalamität nicht völlig lähmen dürfte.

Der Aufbau nützlicher Gemeinde-Institutionen mag vor allem dort beginnen, wo die Schwere der Zeit unsere Mitmenschen besonders drückt, auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege. Unäglich bitter ist die Not der Armen, der Alten, der Kranken, der Schwachen, der Kinder. Da soll der Jom Kippur unsere Seelen erschüttern, daß wir alle unseren Bestand leisten zu einer großzügigen einheitlichen Organisation der jüdischen sozialen Hilfstätigkeit in Leipzig, in der der Gemeinde, die nun wirklich wieder „Gemeinde“ und nicht nur „Verwaltung“ sein soll, die Führung zukommt.

Inzwischen aber richte der Veröhnungstag unseren Blick auf all die Einrichtungen, die in unserer Stadt dem Wohle der Bedrängten gewidmet sind, damit ein jeder einen Teil der großen Not mit lindere, die über die Allgemeinheit gekommen ist, weil der Ruf zur Veröhnung, zum Ausgleich der Interessen, zur gegenseitigen Anerkennung und Achtung der Menschenrechte immer noch zu wenig Gehör bei den Menschen gefunden hat.

In diesen Tagen werden viel Spenden für vielerlei milde Zwecke verlangt. Werdet da nicht ungeduldig, nicht abweisend! Denket daran, daß „Gemiluth Chasodim“, werktätige Nächstenliebe, eine der drei Säulen ist, die das Gebäude der Welt, der sozialen Ordnung, des sittlichen und kulturellen Fortschritts tragen.

Die Wahlreform beschlossen!

Leipziger Gemeindefigung vom 6. September.

Die letzte Sitzung im alten jüdischen Jahr war mit gutem Recht eine historische zu nennen; nach jahrzehntelangen Verhandlungen hat sie durch die

Einigung in der Wahlrechtsfrage den von allen Parteien lange ersehnten Frieden in der Gemeinde gebracht. Ist zwar auch das grundsätzlich zu erstrebende Ziel der unterschiedslosen Gleichberechtigung aller Gemeindeglieder noch nicht voll erreicht, so macht doch die nunmehr zustandgekommene Vereinbarung der bisherigen völligen Rechtlosigkeit der großen Gemeindegemeinschaft, die hierdurch höchst verbittert ward, ein Ende, indem sie sämtlichen Juden Leipzigs ein Mitbestimmungsrecht an der Gemeindeverwaltung gewährt.

Wir freuen uns, daß wir diese gute Botschaft gerade in der Nummer, die vor dem Veröhnungstag erscheint, mitteilen können, und wir

erhoffen daraus das Beste für unsere nun wieder in sich einige Gemeinde.

Wir freuen uns, daß der Kampf ums Recht nicht vergeblich war, daß insbesondere die Entschiedenheit, mit der unsere

„Leipziger Jüdische Zeitung“

seit ihrer Begründung für die Wahlreform eintrat, doch ein wenig mit zum Erfolge beitragen hat.

Wir betrachten es jetzt für selbstverständlich, daß die Richtlinien über die Wahlreform nunmehr binnen kürzester Zeit statutarisch formuliert und durch eine Neuwahl verwirklicht werden. Andernfalls würde die jetzige Vereinbarung leider nur eine ganz vorübergehende Waffenruhe im Kampf um das Gemeindegewalt gewesen sein.

Endlich betonen wir, daß unsere Zustimmung zu der Vereinbarung durchaus nicht ein Verlassen unseres Standpunktes bedeutet, wonach das Mit-

Dr. Schemarja Lewin

und

Felix Rosenblüth

sprechen am **Sonnabend, den 22. September**, im „Gr. Festsaal“ des **Zentraltheaters**, abds. 8 Uhr über **„Die Lage nach dem Kongress.“**

Alle jüdischen Männer und Frauen Leipzigs sind herzlich willkommen.

bestimmungsrecht in der Gemeinde gleichmäßig ohne jeden Ausschluß und ohne jeden Unterschied gewährt werden muß. Nur hoffen wir, daß die künftige Verbesserung des Wahlrechts in solchem Sinne nicht mehr in unerbittlichem Kampfe wird erstritten werden müssen, sondern daß vielmehr das erfolgreiche praktische Zusammenwirken der beiden bisher getrennten Gruppen in unserer Gemeinde die bisher noch Widerstrebenden von selbst auf den Weg zur Anerkennung der absoluten Rechtsgleichheit führen wird. Diesen Gedanken, zu dessen voller Verwirklichung wir die jetzige Teilreform als eine immerhin erfreuliche Zwischenstufe betrachten, werden wir bis zur Erreichung des Zieles konsequent und unentwegt verkünden.

Wir hoffen, daß es in Zukunft in der Gemeinde keine andere Meinungsverschiedenheit mehr geben möge als den Wettbewerb aller dazu Erwählten um die tatkräftigste Förderung des Gemeinwohls. Ramentlich aber erhoffen und wünschen wir, daß mit der Ausschaltung des wichtigsten Streitpunktes nun auch ein Abschluß der deprimierenden persönlichen Auseinandersetzungen gekommen sei.

Vorsitzender Rosenthal (liberal) eröffnet die Sitzung, die zunächst eine Aussprache über die persönlichen Zusammenstöße in der letzten Sitzung bringt, wozu Frank (liberal) und Schick (demokratisch) das Wort ergreifen. Gegen vier demokratische Stimmen (Schick, Tumpowsky, Rabino-witz, Neumann) wird ein von Frank namens der liberalen Fraktion eingebrachtes Vertrauensvotum für Rosenthal angenommen.

Darauf erstattet Dr. Wohrizek (liberal) den Bericht der Wahlrechtskommission über die

Richtlinien für das neue Gemeindegewalt.

Darauf sollen stimmberechtigt (aktives

Wahlrecht) alle im Leipziger Gemeindebezirk wohnhaften Juden und Jüdinnen sein, die das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben; dieses allgemeine aktive Wahlrecht ist also an keine Karenzzeit geknüpft. Die Zahl der Gemeindeverordneten sei von 30 auf 36 zu erhöhen, von denen 28 durch die reichsdeutschen Wähler und 8 durch die nichtreichsdeutschen Wähler zu wählen seien. Das passive Wahlrecht ist ebenfalls allgemein, wird aber an mindestens fünfjährigen Wohnsitz im Gemeindebezirk geknüpft. Bei der Aufstellung der Kandidatenlisten sind weder die reichsdeutschen Wähler an nur reichsdeutsche Kandidaten noch die nichtreichsdeutschen Wähler an nur nichtreichsdeutsche Kandidaten gebunden; es herrscht vielmehr an sich vollkommen freie Auswahl, doch ist bei der Feststellung des Wahlergebnisses so zu verfahren, daß die Zusammensetzung des Gemeindegremiums höchstens 8 nichtreichsdeutsche Verordnete ergibt. Der Gemeindevorstand darf aus formalrechtlichen Gründen nur aus Reichsdeutschen bestehen.

Rosenthal (liberal) teilt mit, daß mit einem Begleitschreiben Tumpowskys (demokratisch) eine Zuschrift von 160 angesehenen Gemeindegliedern eingegangen ist, die gegen gewisse Wahlrechtsmaßnahmen, wie sie den Betreffenden gerüchweise bekannt geworden waren, polemisiert, insbesondere gegen eine Vinkulierung späterer Wahlrechtsänderungen. Dr. Wohrizek (liberal) stellt demgegenüber fest, daß die letztgenannte Beschwerde gegenstandslos ist, da der Kommissionsvorschlag eine solche Bestimmung nicht enthält. Tumpowsky (dem.) nennt den bisherigen Zustand ungerecht und ungerechtfertigt, hält aber auch den Kommissionsvorschlag für ungenügend, worin ihm Rabino-witz (dem.), der an sich die Auffassungsänderung der Liberalen begrüßt, beipflichtet. Frank (lib.) wiederholt seine bekannten prinzipiellen Bedenken, ist daher auch gegen ein Kompromiß, sondern nur für ein Entweder-Oder. Nehnlich äußert sich auch Gutmann (lib.). Für den Kommissionsvorschlag treten Rosenthal (dem.), Dr. Wohrizek (lib.) und Karl Goldschmidt (lib.) ein. Schick (dem.), der sich als Vater der dem Kommissionsvorschlag zugrundeliegenden Idee bekennet, wünscht noch eine Verbesserung des Zahlenverhältnisses zugunsten der nichtreichsdeutschen Mitglieder, wofür auch Blümlein (dem.) eintritt.

Auf allgemeinen Wunsch findet eine Pause statt, in der eine Einigung der Parteien erfolgt, die von Ury (bei keiner Fraktion) zu einem Antrag formuliert wird, den das Kollegium

einstimmig annimmt, nachdem Frank (extrem-liberal) die Sitzung verlassen hat. Der Kommissionsvorschlag wird mit der Abänderung akzeptiert, daß die Zahl der Gemeindeverordneten künftig 33 (25 Reichsdeutsche und 8 Nichtreichsdeutsche) beträgt, wovon 25 durch die reichsdeutschen und 8 durch die nichtreichsdeutschen Wähler gewählt werden. Alle anderen Anträge waren vorher zurückgezogen worden. Die Gemeindefigung nimmt dieses Ergebnis mit starken Beifallstundgebungen auf.

Die statutenmäßige Formulierung

Die Einzahlung der

Rosch-haschonoh-Glückwunschlösungen für JADJUR erfolgt in LEIPZIG auf das Postscheck-Konto Leipzig Nr. 53341 „Jüdischer Nationalfonds, Sekretariat für Leipzig.“